

Die NKZ

Bonn. US-Präsident Kennedy hat das Berliner Problem als „ultimative christliche Weisheit“ bezeichnet. Die Kontakte für die NKZ sind im Gespräch. Dr. Gradt (CDU) ist Vertreter der FDP-Fraktion im Bundestag. Die NKZ ist ein wichtiger Bestandteil der deutschen Außenpolitik.

FRITZ ERLER (SRD)

Das Kommuniqué von Wien erwähnt die Deutschlandfrage nicht. Berlin. Aufhöder, sowjetische Sprecher in Wien hat erklärt, daß über die Deutschlandfrage im letzten Gespräch wurde. In diesen Feststellungen ist schon die erste Antwort Kennedys auf das sowjetische Berlin-Memorandum. Berlin ist für uns kein gesondertes Problem, sondern Bestandteil der deutschen Frage und nur zusammen mit dieser zu erörtern und zu lösen. Das sowjetische Arbeitsprogramm mit der erneuten Ankündigung von Terminen für den angekündigten Separatfrieden sollte Anlaß sein, alle Aspekte der deutschen Frage in engstem Kontakt mit unseren Verbündeten und zwischen allen demokratischen Kräften der Bundesrepublik gründlich zu erörtern und einseitige Handlungen und Entscheidungen für die Deutschlandfrage und für Berlin denkbaren Schaden gemeinsam abzuwehren zu können.

Die bisher bekannt gewordenen Informationen über das Wiener Treffen haben gezeigt, daß die USA mit aller Klarheit die Lebensfragen ihrer Verbündeten zur Sprache bringen und für sie eintreten. Das direkte Gespräch zwischen den beiden Weltmächten der Welt wird, wenn auch in anderer Form, fortgesetzt. Schnelle Lösungen sind auf keinem Gebiet zu erwarten. Geduldige diplomatische Bemühungen können zu Erfolgen führen, aber doch wohl nur dann, wenn die sowjetische Politik davon abgeht, durch die Forderung nach dem Vetorecht in Dreier-Kollegien für die Führung aller internationalen Organisationen praktisch jede internationale Zusammenarbeit in solchen Gremien aufzukündigen.

ERICH MENDE (FDP)

Man soll die Forderung Christlich-sozialer Parteien, einen Separatfriedensvertrag nicht abzuschließen, sollte allerdings alles tun, um durch kluge Verhandlungen der Weltmächte eine solche Reaktion der Sowjetpolitik in der Deutschlandfrage zu vermeiden. Kommt es trotzdem zum Abschluß eines Separatvertrages, dann wächst dem Sowjetblock nicht mehr Macht zu, als vor dem Abschluß. Die Unterzeichnung eines Separatvertrages ist ein wichtiger Bestandteil der deutschen Außenpolitik.

Die NKZ ist ein wichtiger Bestandteil der deutschen Außenpolitik. Die Kontakte für die NKZ sind im Gespräch. Dr. Gradt (CDU) ist Vertreter der FDP-Fraktion im Bundestag. Die NKZ ist ein wichtiger Bestandteil der deutschen Außenpolitik.

Die zweite Sitzung der NKZ-Kommissionen wurde am 14. November 1961 in Bonn abgehalten. Die NKZ-Kommissionen haben sich über die Deutschlandfrage und über Berlin beraten. Die NKZ-Kommissionen haben sich über die Deutschlandfrage und über Berlin beraten. Die NKZ-Kommissionen haben sich über die Deutschlandfrage und über Berlin beraten.

JOHANN F. GRADT (CDU)

Die NKZ-Kommissionen haben sich über die Deutschlandfrage und über Berlin beraten. Die NKZ-Kommissionen haben sich über die Deutschlandfrage und über Berlin beraten. Die NKZ-Kommissionen haben sich über die Deutschlandfrage und über Berlin beraten.

Die NKZ-Kommissionen haben sich über die Deutschlandfrage und über Berlin beraten. Die NKZ-Kommissionen haben sich über die Deutschlandfrage und über Berlin beraten. Die NKZ-Kommissionen haben sich über die Deutschlandfrage und über Berlin beraten.

Die NKZ-Kommissionen haben sich über die Deutschlandfrage und über Berlin beraten. Die NKZ-Kommissionen haben sich über die Deutschlandfrage und über Berlin beraten. Die NKZ-Kommissionen haben sich über die Deutschlandfrage und über Berlin beraten.

Die NKZ-Kommissionen haben sich über die Deutschlandfrage und über Berlin beraten. Die NKZ-Kommissionen haben sich über die Deutschlandfrage und über Berlin beraten. Die NKZ-Kommissionen haben sich über die Deutschlandfrage und über Berlin beraten.

Die NKZ-Kommissionen haben sich über die Deutschlandfrage und über Berlin beraten. Die NKZ-Kommissionen haben sich über die Deutschlandfrage und über Berlin beraten. Die NKZ-Kommissionen haben sich über die Deutschlandfrage und über Berlin beraten.

Die NKZ-Kommissionen haben sich über die Deutschlandfrage und über Berlin beraten. Die NKZ-Kommissionen haben sich über die Deutschlandfrage und über Berlin beraten. Die NKZ-Kommissionen haben sich über die Deutschlandfrage und über Berlin beraten.

Die NKZ-Kommissionen haben sich über die Deutschlandfrage und über Berlin beraten. Die NKZ-Kommissionen haben sich über die Deutschlandfrage und über Berlin beraten. Die NKZ-Kommissionen haben sich über die Deutschlandfrage und über Berlin beraten.

Die NKZ-Kommissionen haben sich über die Deutschlandfrage und über Berlin beraten. Die NKZ-Kommissionen haben sich über die Deutschlandfrage und über Berlin beraten. Die NKZ-Kommissionen haben sich über die Deutschlandfrage und über Berlin beraten.

Schröder-Gesetz zu beraten hatten. Ein anderer Gesetzentwurf konnte dagegen nur in interfraktionellen Besprechungen konzipiert werden, und die Teilnahme an Interfraktions-Gesprächen hatte die CDU aufgekündigt.

Als bald begannen die SPD-Abgeordneten zu überlegen, welches taktische Vorgehen in der ersten Lesung für sie am erfolgreichsten wäre. Der Genosse Schmitt-Vockenhausen, der dem Innenminister Schröder immerfort „die Maske vom Gesicht reißen“ möchte, wollte dieser Lieblingsbeschäftigung auch diesmal nachgehen, doch die Mehrheit in der sozialdemokratischen Fraktion fand, es sei falsch, ständig nur Opposition zu treiben.

Dieser Ansicht war auch SPD-Jurist Dr. Adolf Arndt, der vorschlug, man solle der Überweisung des Gesetzentwurfs an die Ausschüsse nur zustimmen, dann werde sich von selbst ergeben, daß Schröder nicht durchdringen könne. Arndt, der von mehreren Genossen unterstützt wurde, konnte sich nicht durchsetzen.

Schließlich verfiel Geschäftsführer Dr. Karl Mommer auf eine Zwischenlösung, die es der SPD erlaubte, sowohl ihren Widerstand gegen Schröder als auch ihren Willen zur Mitarbeit an einer Notstandsregelung hinreichend deutlich zu machen. Die Fraktion der Sozialdemokraten beschloß, die Unterbrechung der ersten Lesung zu beantragen, „damit die interfraktionellen Gespräche durchgeführt werden können, um eine gemeinsame Grundlage für eine Verfassungsgesetzgebung zu suchen“.

Der ungebrochene sozialdemokratische Drang nach Gemeinsamkeit, dem die SPD-Redner in der Debatte unermüdlich Ausdruck gaben, ließ die christdemokratischen Klagen, daß diese Gemeinsamkeit fehle, einigermaßen deplatziert erscheinen.

Rief der christdemokratische Sprecher Dr. Kanka: „Arbeiten Sie mit an dem, was wir für unser Volk zu leisten haben!“

Echote SPD-Arndt: „Wer ist denn im Verzuge? Wer hat denn die Gespräche nicht fortgeführt? Wer hat es bisher an dem Willen oder der Bereitschaft zur Zusammenarbeit fehlen lassen? Sie oder wir? ... Und dann stellen Sie sich hier noch hin und sagen „Arbeiten Sie mit!““

Das Fazit der Debatte: Schröders Gesetzentwurf wurde zwar an die Ausschüsse überwiesen, doch war damit für die Christdemokraten nichts gewonnen.

Schröder hätte das Debakel voraussehen können. Aber die Stimme seines Herrn hatte ihm letzte Zweifel an der Richtigkeit seines Vorgehens ausgeredet: Hundert Minuten lang predigte Konrad Adenauer am Dienstag letzter Woche — einen Tag vor der Notstandsdebatte — der CDU-Fraktionsgemeinde, sie müsse dem Volk endlich klarmachen, was sie wolle. Die Wähler wüßten zwischen CDU und SPD nicht mehr deutlich genug zu unterscheiden, weshalb glaubhaft gemacht werden müsse, daß nach wie vor „himmelweite Unterschiede“ vorhanden seien. Adenauer: „Meine Damen und Herren, da haben wir morgen die Debatte und da werden

wir ja sehen, was von der SPD zu halten ist. Hier Rhodos, hier Salta.“
Am letzten Donnerstag mußte CDU-Fraktionsgeschäftsführer Räsner eingestehen, daß der „Stoß ins Leere“ gegen sich selber vorgehaltenen Hand deutete er an, nun müßten wohl doch erst interfraktionelle Gespräche mit den Sozialdemokraten stattfinden.

ERHARD

Der Moralist

Mit der Attitüde eines Mannes, dem Opportunismus verhaft ist und der viel von moralischen Prinzipien hält, verwickelte Vizekanzler Ludwig Erhard vor einigen Wochen den Bundeskanzler Konrad Adenauer in ein Vier-Augen-Gespräch über die Linie, die es im nächsten Wahlkampf zu halten gelte.



Bonner Journalist Purwin: Das Geheimnis vom Tegernsee

Die CDU habe als Regierungspartei die Pflicht, dozierte Erhard nicht wider allen, wohl und niemanden wehe zu tun. Es sei einfach unmöglich, allen Interessenten alles zu versprechen. Eine Regierung werde viel eher geachtet und wiedergewählt, wenn sie einen konsequenten wirtschafts- und sozialpolitischen Kurs halte. Es gehe ja bisher leider so aus, erregte sich Erhard, als ob die Regierung das deutsche Volk und seine Interessengruppen für Korrump halte.

Darauf sah Konrad Adenauer seinen Stellvertreter „erstaunt“ an und fragte: „Ja, glauben Sie denn, das wäre anders, Herr Erhard?“

Diese wahre Geschichte erzählt der Bundesvizekanzler in seinem Haus am Tegernsee acht Zeitungsläuten, die in abgelaufenen Monat von Bonn nach Bayern gebeten hatte, um ihnen nicht zur Veröffentlichung — neun Stunden lang

inländischer Idylle auseinanderzulegen, wie tief der „Großstolz“ den er, der zweite Mann der CDU-Wahlkampfmannschaft, gegen den ersten, dieser Riege, Konrad Adenauer, ungebrochen hegt: „Arm in Arm mit dem Kanzler — dieses Wahlkampfbild, das will ich am liebsten gar nicht erst sehen!“

Er werde sich verkündete Ludwig Erhard vor seinen acht Hausgästen in Walden von manchen innenpolitischen Maßnahmen der Bundesregierung und der CDU-Fraktion distanzieren. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion sei weniger eine Gruppe von Männern mit gleicher politischer Gesinnung, als eine Koalition verschiedenster Interessengruppen. Vernünftige Fraktionsbeschlüsse würden durch einander entgegen gesetzte Interessen oft verhindert.

Die Gruppensprecher also beschwerte sich Erhard, liefen mit ihren Wünschen zum Bundeskanzler, der alle Herr entscheide, dann allein nach Wahlgesichtspunkten, und die Fraktion beuge sich der allerhöchsten Meinung. Erhard: „Niemand will heute für das gemeine Wohl Opfer bringen. Die Regierung ist selbst schuld daran, daß es keine Staatsgesinnung gibt.“

Der Bundeskanzler geniesse zwar nach wie vor Achtung, aber das Vertrauen der Wähler habe sich durch die angesichts aller opportunistischer Kanzler-Beschlüsse, die Ludwig Erhard allen seinen Gegenseg-Gästen auch klarwerde, weshalb er solche für CDU-Begriffe zum Kritik am Parteipatriarchen Adenauer äußere. Der Kanzler schwänke jetzt auf den wirtschaftspolitischen Kurs, ein den er, Erhard, schon vor anderthalb Jahren vorgeschlagen habe: keine Abkapselung der Brüsseler Sechser-Heranzuführung Englands an den Kontinent. „Soviel zur Frage des politischen Urteilsvermögens, das der Kanzler mir seinerzeit abgesprochen.“

Als der britische Premierminister Harold Macmillan im Bonn-Wer so erzählte Ludwig Erhard seinen Gästen, habe der Engländer ihm unter vier Augen auseinander gesetzt, wie ernst es Großbritannien mit seiner Hinwendung zum Kontinent sei. „England habe sein Empire aufgeben müssen und der Versuch, das Commonwealth durch wirtschaftliche Bindungen zusammenzuhalten, habe nicht recht funktioniert.“

Ludwig Erhard konnte es sich nicht verkneipen, seinen acht Gesprächspartnern am Tegernsee auch dies zu erzählen. Konrad Adenauer habe sich in die wirtschaftlichen Gespräche zwischen Erhard und Macmillan mit dem Scherz einmischen wollen. Ich war auch mal acht Tage Bankrott, ich verstehe von Wirtschaft allerhand. Macmillan aber habe repliziert: „Acht Tage waren etwas weniger Herr Kanzler.“

Obgleich Ludwig Erhard imbotmange Tegernsee Bemerkungen über den Kanzler Konrad Adenauer, eigentlich muß für die ihn geladenen Gäste nicht aber für die Öffentlichkeit bestimmt waren, drückte die SPD nahe Neue-Buhr-Zeltung unter der Überschrift „Gespräche unter sechs seiner“ auf Erhard Schluß mit dem in Handel einen Artikel über Bonner Korrespondentin Rita Eberle. Deres oberlich Sie nicht zu danken, Erhard Gästen gehörrt, was er all Versprochen gelun

BEST AVAILABLE COPY

EGG A-1824 AH

Osthandelsexperte des britischen Industrieverbands (Federation of British Industry), Direktor Taylor, im vergangenen Frühjahr dem Zonendiktator Ulbricht im Beisein westdeutscher Firmenvertreter: „Die britische Industrie steht bereit, bei der DDR auch dort helfend einzugreifen, wo sich ... Schwierigkeiten bei der Belieferung aus Westdeutschland ergeben.“

Während Ludwig Erhard Amerika auf dem Luftweg verließ und seine Reise in den Vordenen Orient fortsetzte, um dort die Deutsche Industrieausstellung in Teheran zu eröffnen, spielte der Bundeskanzler in Bonn den Deus ex machina und überspielte die in sich schlüssige Berlin-Politik seines Wirtschaftsministers.

Konrad Adenauer nämlich bewegten die in Amerika erhobenen Vorwürfe, ein schlechter Partner zu sein, in höchstem Maße. Seinem in Frankfurt zwischengeländeten Wirtschaftsminister setzte er über das Flughafen-Telephon auseinander, er werde am nächsten Tag die Kündigung des Interzonenhandelsabkommens aussprechen.

Während Erhard ein weiteres Mal durch den Kanzler bloßgestellt war, ist Fritz Berg nach der jüngsten Revision der Bonner Zonenpolitik am Ausgangspunkt seiner eigenen Überlegungen angelangt. Da wirtschaftliche Sanktionen gegenüber der Zone jedoch weder Berlin noch der vom BDI repräsentierten Industrie nützen, stehen Fritz Berg dialektische Komplikationen bevor: So muß er sein Ruhe-Ruhe-Programm schnellstens in das Gegenteil verkehren, will er sich nicht erstmals in seiner Laufbahn den Unmut des Kanzlers zuziehen.

NOTSTAND

Stoß ins Leere

Vor dem dünnbesetzten Bundestagsplenum — die Masse der CDU-Fraktion errichtete sich im Restaurant des Bundeshauses — und vor fast leerer Regierungsbank, die stundenlang nur von dem beflissenen Neo-Christdemokraten von Merkatz gedrückt wurde, prädierte sich Innenminister Schröder schneidig-kalt: „Dieser 28. September 1960 ist in der deutschen Parlamentsgeschichte ein Datum von größter Bedeutung. Hier und heute wird sich zeigen, ob die nationalen Betsuerungen der SPD auch ernst gemeint sind.“ Und: „Die Vorlage stammt aus einem wahrhaft überparteilichen Geist.“

Die Schröder-Rede geisterte um einen der heikelsten Gesetzespläne der Bundesregierung: das Notstandsrecht.

Was es mit dem von Schröder beschworenen überparteilichen Geist in Wahrheit auf sich hatte, wußte niemand besser als der Innenminister selbst: Schröder hat bis heute kein Interesse daran gezeigt, die Sozialdemokraten, auf deren Plazet die CDU bei dem verfassungsändernden Notstandsgesetz an-

gewiesen ist, zur Mitarbeit an dem Entwurf einzuladen.

Vielmehr war Gerhard Schröder darauf bedacht, seine Notstandspläne ohne Rücksicht auf die SPD voranzutreiben, seit er vor Polizeigewerkschaftlern am 30. Oktober 1958 in Stuttgart zum erstenmal öffentlich bekundete, daß auf bundeseinheitliche Vorschriften über den Ausnahmezustand nicht länger verzichtet werden könne.

Mitte Januar dieses Jahres entwarf der Minister einen ersten Notstandsgesetzesentwurf — ohne die Länderregierungen, deren Belange durch ein solches Gesetz entscheidend betroffen werden, und die Bundestagsopposition auch nur päuschal zu unterrichten. Resultat: Sowohl die Föderalisten der Länder als auch die Sozialisten der Opposition verwarfen das Schröder-Gesetzeswerk als indiskutabel.

Die Ablehnung betraf zwei Hauptpunkte des ministeriellen Entwurfs, in denen bestimmt wird

- ▷ der Ausnahmezustand vom Bundesparlament mit einfacher Mehrheit beschlossen werden kann, und
- ▷ die Bundesregierung im Notstandsfall auch die Bundeswehr einsetzen darf.

Sechs Wochen nach Bekanntgabe des Entwurfs erhielt Schröder die erste Quittung: Am 26. Februar beschloß der Bundestag — der dem Gesetz gleichfalls mit qualifizierter Mehrheit zustimmen muß — eine Reihe von Änderungen, die praktisch auf eine Neufassung des Gesetzes hinausliefen.

Schröder, dessen Eigensinn sich größer als erwartet erwies, wischte die Länderbedenken jedoch beiseite — ließ seinen Entwurf, wie er war, und brachte ihn zur ersten Lesung im Bundestag ein. Bevor der Innenminister sich zu diesem Alleingang entschloß, hatte er im Dezember vergangenen Jahres, der CDU-Abgeordnete Matthias Hoogen, der dem Rechtsausschuß des Bundestags vorsitzt, in einem Brief an den SPD-Fraktionsjuristen Arndt vorgeschlagen, interfraktionelle Besprechungen zwischen den beiden großen Parteien über Fragen des Notstandsrechts abzuhalten.

Der Vorschlag war keineswegs ungewöhnlich. Ähnliche vertrauliche Beratungen zwischen den Fraktionen hatten 1956 zur Verfassungsänderung bei der Verabschiedung der Wehrgesetze geführt.

Der SPD-Fraktionsvorstand benannte die parlamentarischen Geschäftsführer Dr. Menzel und Dr. Arndt als Unterhändler. Arndt, Menzel und Hoogen — ein zweiter Vertreter, den die CDU benennen wollte, blieb den Verhandlungen von vornherein fern — trafen sich dreimal, zuletzt am 16. März. An diesem Tag teilte CDU-Hoogen seinen SPD-Kollegen mit, er werde wegen weiterer Besprechungen Nachricht geben, sobald seine Fraktion ihm weitere Richtlinien gegeben habe.

Bis zu diesem Zeitpunkt hatten sich die Gespräche für beide Seiten durch aus zufriedenstellend angelassen, wenn

sich die Sozialdemokraten auch durch den Umstand düpiert fühlen mußten, daß Schröder seinen Gesetzesentwurf noch während der Besprechungen veröffentlichte. Die SPD-Beauftragten blieben jedoch guten Mutes, weil sie sich nicht vorstellen konnten, daß die CDU auf ihre Mitarbeit just bei einem Gesetz verzichten würde, für das sie auf die SPD-Stimmen angewiesen war.

Indes, nach dem 16. März ließ der CDU-Abgeordnete Hoogen nichts mehr von sich hören, und auch alle anderen CDU-Volksvertreter wollten plötzlich nichts mehr von gemeinsamen Besprechungen wissen. In einem Vermerk, den SPD-Menzel unter dem 12. August 1960 — betr.: Interfraktionelle Besprechungen über den Gesetzesentwurf — diktierte, heißt es dazu: „Herr Hoogen (Der CDU-Abgeordnete) Stoltenberg hatte in der zweiten Lesung des Haushalts des Innenministeriums begrüßt, daß Schröder den Gesetzesentwurf (über das Notstandsrecht) vorgelegt habe. Ich habe ihm daraufhin am 11. 4. 1960 einen Brief geschrieben, worin ich eine gemeinsame Unterredung vorschlug. Stoltenberg hat nicht geantwortet.“

In den beiden Ältestenratsitzungen vom 21.6. und 17.7.60 fragte der Bundestagspräsident Gerstenmaler Herrn Rasner, wie weit die Besprechungen der Fraktionen über den Gesetzesentwurf seien. Herr Rasner erklärte, daß sie „laufen“. Ich habe das sofort richtiggestellt und Rasner angefragt, was nun aus den Besprechungen werden solle, worauf er mir erwiderte, er werde mich unterrichten.“

Da dies nicht geschah, habe ich Rasner in der Woche vom 11. bis 16. 7. telephonisch mitgeteilt, daß die Besprechungen auch während der Parlamentsferien fortgesetzt werden könnten. Rasner tat sehr erfreut und versprach wiederholt, mir Nachricht zu geben. Er hat sich nicht mehr gemeldet.“

Ende Juli wurde dann offenbar, daß die Christdemokraten den Geist der Überparteilichkeit aufgegeben hatten. Bei dem Freiburger SPD-Abgeordneten Friedrich Maier, der dem Bundestagsausschuß für Inneres vorsitzt, erschien der stellvertretende Ausschusschef Walter Kühlthau (CDU) und beklagte, daß die interfraktionellen Besprechungen zusammengebrochen seien. Menzel, von Maier informiert, bat den Christdemokraten Kühlthau telephonisch um Auskunft, wie dieser Hinweis zu verstehen sei. Kühlthau versprach, sogleich bei seinem Fraktionschef Krone nachzutragen.

Die Auskunft, die Krone erteilte, kann nicht sehr ermutigend gewesen sein, denn in einem zweiten Telefonat mit der SPD — so erinnert sich Notstandsexperte Menzel — war Kühlthau recht kleinlaut.

Menzel: „Er teilte mir mit, daß Krone ihm erklärt habe, es hätte einige Tage zuvor eine Unterredung zwischen Krone, Hoogen und Schröder stattgefunden. Sie habe ergeben, daß die CDU an eine Aussprache um die erste Lesung herum denke. Sollte das nicht der Fall sein, müsse man versuchen, sich später in den Ausschüssen zu verständigen.“

Die Verständigung in den Ausschüssen aber — das war selbst der CDU klar — war ausgeschlossen, solange die Ausschlüsse über mehr als das

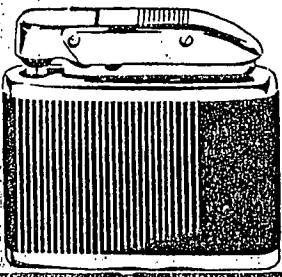


Arndt



Hoogen

BEST AVAILABLE COPY



mit dem farbschönen Nylonmantel, besonders leicht. Zuverlässig wie sämtliche Consul-Erzeugnisse.

CONSUL

GEBRODER KOLLISCH NORMBERG

gen (war), bisher unbekannt Informationen über Gespräche zwischen Erhard und seinen politischen Freunden zu erhalten, die kürzlich hinter verschlossenen Türen stattfanden.

Der Purwin-Beitrag, der die wesentlichsten Tegernsee-Informationen enthielt, ohne den Ort des Gesprächs und die Profession der Gesprächspartner zu erwähnen, war geschickt festgesetzt. Er erschien, als der CDU-Bundevorsitz am Donnerstag vorletzter Woche zu seiner ersten Sitzung nach den Sommerferien zusammentrat.

Ehe der Vorstand mit seinen Beratungen begann, mußte Erhard aufgebracht Vorstandsmitgliedern Rede und Antwort wegen des Purwin-Artikels stehen. So draufgängerisch wie beim Tegernsee war er vor diesem Gremium nicht mehr. Er nahm zu der Schutzbehauptung Zuflucht, seine Worte seien entstellt wiedergegeben, der Beitrag stimme vorn und hinten nicht.

Der Hilfskanzler, nicht damit zufrieden auf Unglauben, und auch die 'Deutsche Zeitung', die Erhards Plaudereien einen Leitartikel widmete, glaubte dem Purwin-Artikel mehr als der abschwehenden Version des Vizekanzlers, wofür dem CDU-Vorstand

Schrieb das Erhard-feindliche Blatt: 'Wenn wirklich mal da und dort ein führender CDU-Politiker etwas äußert, was die Sozialdemokraten als Kritik am Kanzler empfinden, so unterscheiden sie offenbar nicht genügend zwischen einer versteckten Kritik und einem melancholischen Seufzer über die Unermüdlichkeit des alten Herrn im Palais Schaumburg.'

Während sieben von Erhards acht Tegernsee-Gästen nun herauszufinden versuchen, wer wohl der Journalistin Purwin die Ketzerreden des Vizekanzlers ausgeplaudert hat, ist der Betroffene vierzehn Tage lang für unbenutzbare Fragen nicht erreichbar. Ludwig Erhard reiste zunächst nach Washington zur Weltbank und von dort weiter nach Persien zu Schah Resa Pahlevi und Kaiserin Farah Diba.

meister Brandt zu seiner Bonn-Reise animiert.

Die Sowjetregierung stellt fest, heißt es in der Note an die Amerikaner, daß die Besatzungsbehörden der drei Westmächte die Verantwortung für die Lage in Westberlin tragen. Unter Mißbrauch ihrer Stellung haben sie die für die Sicherung der Bedürfnisse der Garnisonen in Westberlin zur Verfügung gestellten Luftkorridore wieder rechtlich zum Transport von Waren, Personal (von Besatzungsmitgliedern aus der deutschen Bundesrepublik nach Westberlin) benutzt. Die Sowjetregierung besteht darauf, daß die Regierung der Vereinigten Staaten in Zukunft die Wiederrechtlichmachung der Luftkorridore zu Verhandlungswegen verhandelt.

Brandt's Sorge, daß die Amerikaner auf solche Forderungen nicht nur schnell reagieren würden, hat ihn



in der Sache des Beirats der Vereinten Nationen versammelt. Am 1. November wird die amerikanische Delegation in New York zusammenkommen. Die amerikanische Regierung wird in der Lage sein, die amerikanische Delegation zu informieren, daß die Sowjets zur Zeit unter keinen Umständen auf einen Berlin-Strauß einlassen wollen, wenn es wegen der wortstarken Erklärungen führender amerikanischer Politiker und Zeitungen anders aussehen sollte, so sei vor einem Trugschluss zu warnen. Die Propaganda-Apparate der Republikaner und Demokraten bräuchten für das Wählervolk derart tönende Anti-Sowjet-Parolen, um Stimmen für die Präsidentenwahl am 5. November zu ziehen. Solange sich Ulbricht auf Nadelstiche am Rande beschränke, würden die USA aber de facto nichts unternehmen, was ihnen neue Engagements und Risiken für sich bringen könnte.

BERLIN

Korridor-Sorgen

Außenamtmann Heinrich von Brentano war am Mittwochmorgen der letzten Woche noch geschäftselig durchs Bundeshaus gestiefelt. Am Nachmittag des gleichen Tages hatte ihn ein Halsweh auf das Krankenlager seines Junggesellenheims am Bonner Venusberg geworfen.

Der Minister zog sich in sein Schlafzimmer zurück, kurz bevor Berlins Willy Brandt in Bonn ankam, um mit ihm zu konferieren. So mußte der Berliner Bürgermeister mit dem Außenamtsstaatssekretär Carstens vorliebnehmen, um die Sorgen abzuladen, die ihn seit neuestem drücken.

Bis zur letzten Woche hatten die Sowjets nur ihren roten Bauern Walter Ulbricht im Spiel, der unter Hinweis auf die Souveränität der DDR Bürger der Bundesrepublik auf den Straßen nach Berlin schickte. In einer Note an die Regierungen der drei Westmächte hat Moskau sich letzte Woche aber nun direkt eingeschaltet und den Bürger-

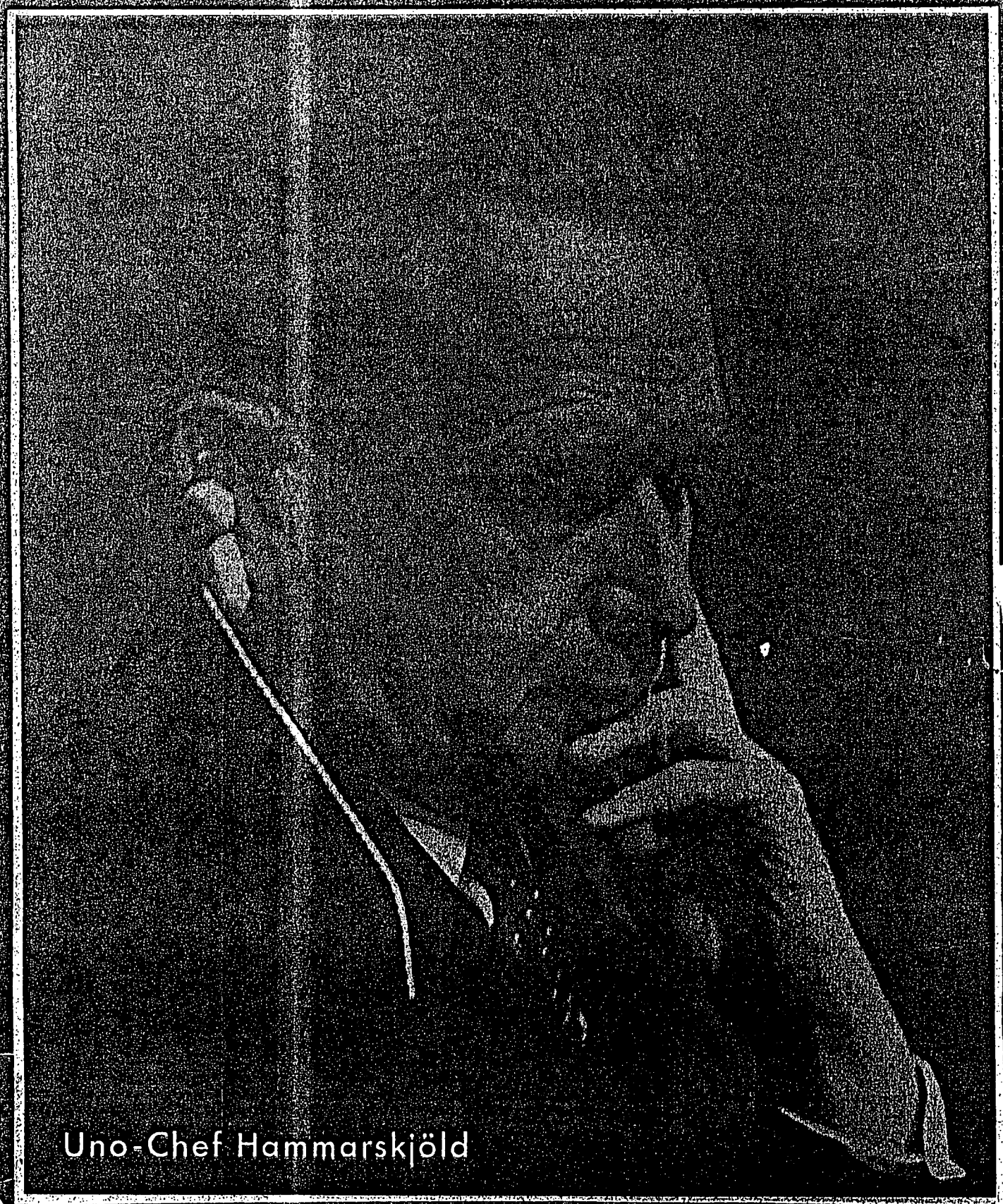
Dem Berliner Bürgermeister schien es angesichts solcher Berichte opportun, mit Heinrich von Brentano über die neue sowjetische Luftkorridor-Bedrohung zu sprechen. Der Bundesaußenminister ist erst kürzlich in Amerika mit dem amerikanischen Außenminister Christian Herter zusammengetroffen und hat sich dort aus erster Hand informiert.

Jedoch Brentanos Halsweh tags erhöhte Temperatur, abends Fieber, verhinderte das Treffen. So konzentrierte sich Brandts Hoffnung auf den amerikanischen Botschafter Dowling, dem er am Donnerstag seine Aufwartung machte.

Der Bürgermeister meinte, jetzt seien die Alliierten selbst angesprochen und müßten handeln. Er legte seine Korridor-Sorgen dar und ließ dringend zu einer schnellen und harten Antwort an Moskau. Diplomate Dowling beschränkte die Westmächte in Washington schon in die Kopien der Note zu Sorgen über den Grenzfall. Der amerikanische Außenminister Herter war in Berlin zu spüren, blieb seinatwillen aber in Moskau. Die Deutschen um Bonn und Frankfurt

BEST AVAILABLE COPY

DER SPIEGEL



Uno-Chef Hammar skjöld

Mit Willy Brandt in den Vereinigten Staaten

Bei den Berlinern in New York

Eine bedeutsame Reise / Von unserer Korrespondentin Hildegard Purn

Berlins Regierender Bürgermeister hat in den acht Tagen seiner Amerikareise keinen Dolmetscher gebraucht, denn sein Englisch ist ausgezeichnet. Er hat Englisch sozusagen in verschiedenen Sprachen gesprochen, so wie er angesprochen wurde, von den Politikern in Washington anders als von den Geschäftsleuten in Chicago, von den Professoren in New York anders als von den Juden in der gleichen Stadt.

fragte Brandt zu allererst: Wie Ihre Wahlkampagne aussehen? Chicagoer Bürgermeister Daley nicht nur Herr seiner Stadt, die allen Ecken und Enden abtreiben aufbauen läßt, sondern auch sitzender der Vereinigung amerikanischer Bürgermeister wie Willy Brandt, Präsident des Deutschen Stadtrat. Die Chicagoer haben unter das, was Sie kühn nennen, sie kaum um die Schwierigkeit großen Politik. Sie sind im Herzen für Berlin und Daley. Niemals ist in unserer Stadt ein gerger Mann oder gar ein flüchtigere Volkstamm, wie als Willy Brandt Bürgermeister Berlin zum Mittageessen in Klub der großen Geschäftsleute Hunderte von Männern und Frauen.

Beim ersten Abend Brandts bei Boltschaffer Grewe in Washington lernten sich einige Berater und Mitarbeiter des Präsidenten Kennedy überhaupt erst näher kennen. Die neuen Leute in Washington arbeiten hart und haben noch nicht viel Zeit für geselliges Zusammentreffen. Kennedy Berater Prof. Kostow, einer der wichtigsten Männer, die sich der Präsident aus den Universitäten und Städten

und höflich am Telefon über ein Treffen lehnten Sie ab, weil Sie den Sonntag Ihrer Familie widmen wollten. Damals war ich allerdings noch nicht politischer Berater des amerikanischen Präsidenten Brandt. Ich werde nie wieder einem amerikanischen Professor einen Termin abschlagen.

Kennedy weiß Bescheid

Kennedy selbst überraschte Brandt mit seinen tiefen Kenntnissen der Lage in Berlin und ganz Deutschland. Seine Interessen sind nicht nur den großen Problemen, sondern auch den beteiligten Personen. Er fragte Brandt plötzlich: Sagen Sie mir, was haben Sie über Berlin gesagt? Seine Stimme der Reichspräsidenten Eberhard Thielmann mehr schärfe gehabt und die alle kommunistisch geworden. Überhaupt haben die meisten Worte die Kennedy und Brandt wechselten, weder das Berlin noch das Deutschland-Problem, aber die Präsidenten der gleichen nach seinem halb verknüpfen Knappen, eigene Wahlkreis, in seiner seine Handlungen sind inkulturiert, daß er in vier Jahren wieder siegen will, aber nicht ausgereift Berlin kann

Willy Brandt hält seine Taktik und inkompliziert. Er hat eine der Treueamerikaner, die Kommissare, die Vorgesetzten Willy Brandt, die sprachen, betraut die Stadt Hall, später sind miteinander willkürlich, aber von West zum Ost über einander, während Kommissare

Wir wollen Berlin

Abraham erzählt, wie er ein Mann, wie man hier sagt, daß heute noch, aber, weil ein Krieger, der war in Deutschland, aber nicht ausgereift Berlin kann

Gühler-Honig
für Ihre Gesundheit

eruben genötigt hat, erzählte Brandt, haben vor einigen Jahren einmal in Berlin mit ihm gesprochen Brandt. Das muß ein Irrtum sein, ich kann mich nicht erinnern. Kostow: Ich war auf dem Wege von Polen nach Paris kam an seinem Sonntag durch Berlin und hier Sie an. Sie waren rasendlich



DARE MAN DEUTSCHLAND wieder treuen? Eine Vision, die hat Willy Brandt im Wahlkampf Reden über die neue Jugend und die neue Welt und Zukunft mit Frank GARDINER in einem an die Studenten (USA). Die während der Wahlkampf in ihrer Spitze Bürgermeister Daley haben einen Abend in Gegenwart von der Berliner Wagnen die die Freiheit der Stadt

22 March 1961
208

Mittwoch, 22. März 1961

K rd Purwin

er erst, wie wird
aussehen?
meister Daley, is
r Stadt, die her an
den abreißen und
sondern auch Vor
nigung, amerikani
wie Willy Brandt
schem Stadtleger
selbst, und dass je
immer, sich auch
wieder, oft in die
sind, mit den am
und, Daley, wa
re Stadler, um
der, führen, eines
immer, se, wenn
Hitzepartikel, von
gegessen, oft, ab
schaft, steht, von
niert, und, ein
t, seine, Um, ad
lizier, Sil, er, er
menner, wa, er
des, Komm, ist, an
nt, Willy Brandt
kaust, heute, um
ter, er, und, die, am
im, Job, die, Wan
nd, Ost, bein, von
braten, komm



EINMAL MIT WILLY im Wolke, sich drehn — dieser Wunsch erfüllte sich bei
mpörung, Er, Berlin, im, heim, Vereinsabend, der, Berliner, in, New, York, und, der
Kenner, die, Bürgermeister, fühlt, sich, ganz, als, Botschafter, seiner, Stadt, von
Foto: Alois Bandhardt

Ob er auf dem Wege zum...
...mit dem Hill...
...und dem...
...von Chicago...
...Paris vor...
...das ist...
...wollen Berlin...
...New York...
...Willy Brandt...
...Stamm...
...vorse...
...nicht...
...am...
...mit...
...Willy Brandt...
...seine...
...Lok...
...in...
...im...
...Willy Brandt...
...nach...
...und...
...Willy Brandt...
...nach...
...Willy Brandt...
...nach...
...Willy Brandt...
...nach...
...Willy Brandt...
...nach...
...Willy Brandt...
...nach...

BEST AVAILABLE COPY

DOCUMENT TRANSFER AND CROSS REFERENCE

SUBJECT OF DOCUMENT
 Die unternehm. Bundeskanzler Adenauer in Begleitung seiner beiden Töchter, Libeth Werhahn (rechts) und Lotte Mullhaupt (links), sowie mit einer unbekannten Begleiterin einen kleinen Ausflug. Dabei wurde es dem Urlauber aus Bonn zu warm. Kurzerhand zog er sich den Mantel aus.
 Funkbild: AP

ION

DATE

EVALUATION

Unsere gemeinsame Aufnahme zeigt etwas und Dauerhaftes zu

Erinnerungen

Washington (AP) Kennedy ernannte gestern fünf neuen amerikanischen Beamten in Thailand, Alexis Johnston, stellvertretenden Staatspolitischen Angelegenheitenministerium, Johnson 995 im diplomatischen Unterstaatssekretär für Angelegenheiten wurde der in Südkorea, Walter berufen.

Den sich

Wie möglich Fernsehen freigegeben. Fernseh-GmbH, die die angewidrig verbotene Fernsehen-GmbH mit

te Matscheibe

Berlin (pt-igenbericht) gewöhnlich schlechte ang der letzten Woche in ein parlamentarische den. Die SPD-Fraktion drittenhauses hat eine gleichheitsanträge einbereits in der monatlich Antwortt werden soll. In heißt es: „Welche Gründe geführt, daß vom 3. bis 11. Zeit von 20 bis 23 Uhr des Fernsehprogramms durch ständige Unter- und ein besonders schlech- trüchtligt war?“

versorgen sollte, hat in den an alle Ministerpräsidenten Bundesländer sich bereit erklärt, sofort ein volles ramm auszustrahlen.

Por Osteinkauf

Berlin (dpa) Jahr Gefängnis und Einnes Gewinn verurteilte hner Stadgericht Mitte ischen Staatsangehörigen, die in Ostberlin erschein- lner Zeitung“ gestern be- unter Ausnutzung des rnes“ angeblich wertvolle eugnisseaufgekauft haben.

Das Treffen Brandt-Kennedy

Fast wie Brüder

Unsere Bonner Korrespondentin Hildegard Purwin begleitete den Regierenden Bürgermeister ins Weiße Haus.

Hier im Weißen Haus in Washington ging es am Montag ganz ohne feierliches Pathos zu. Fast wie Brüder stellten sich Kennedy und Willy Brandt nach ihrem Gespräch dem Fotografen am Schreibtisch. Sie unterhielten sich leise weiter, während die Kameras strzten. Dann setzten sie sich halb überock auf den Tisch, wie sie es wohl auch bei ihrem Gespräch getan hatten.

Kennedy Büsterte Brandt zu: „Heute abend werden Sie unter Freunden sein.“ Er meinte das Roosevelt-Gedächtnis-Essen, bei dem Brandt Festredner war. Das sehr ernste 50-Minuten-Gespräch zuvor war von Kennedy sozusagen kollegial eröffnet worden: Er fragte nach der Wahlkampagne des Kanzlerkandidaten. Sie sind beide ganz verschiedene Typen, sind sich aber sehr ähnlich als Männer gleicher Generation – nüchtern, sachlich, ungezwungen, informell, eher kühl als überschäumend herzlich.

Kennedy trug einen blauen Anzug mit Nadelstreifen, ein gestreiftes Hemd, eine leicht zerknitterte blaugemusterte Krawatte. Die betont lä-

sige Kleidung und der dicke blonde Haarschopf vermitteln zunächst den Eindruck, man habe einen großen Jungen vor sich. Aber der kühle, abwägende Blick aus den blauen Augen hebt diesen Eindruck auf.

Ausnahmsweise wurde auch die Handvoll Journalisten aus Deutschland mit den Fotografen ins Arbeitszimmer eingelassen. Kennedy bat Brandt, ihm die Presseleute vorzustellen. Ich war die erste, der Kennedy kräftig die Hand schüttelte. Er fragte nach der Zeitung. Dann sagte er: „Ich freue mich sehr, daß sie mit zu uns herübergekommen sind. Ich bin sehr froh, Bürgermeister Brandt bei mir zu haben. Wir sind an guten und fruchtbaren Beziehungen mit Westdeutschland interessiert, wie wir sie in der Vergangenheit hatten und in Zukunft haben wollen.“

Amerikanische Kollegen sagten mir später, eine solche Begrüßung sei ganz und gar unüblich, Ebonso ungewöhn-

(Fortsetzung auf Seite 2)



Hildegard Purwin

Hinter Schloß und Riegel

Der Schwere der Schulleiter von Neukölln, Tempelhof, Steglitz und Schöneberg, die 29-jährigen Klaus-Dieter B. aus Rudow und Jörg V. aus Schöneberg, sitzen hinter Schloß und Riegel. In den Monaten Dezember vorigen Jahres und Januar dieses Jahres haben sie 16 Schulen heimgesucht und mehr als 40 Schülern auf den Flurgarderoben und in verschlossenen Klassenzimmern hängende Bekleidung oder Geldbörsen gestohlen.

Durch die Aufmerksamkeit eines Schulleiters kam die Polizei den beiden Langfingern auf die Spur, die außerdem einen gemeinschaftlichen Villeneinbruch in Lichterfelde begangen hatten.

Die Beute verkauften die beiden in Lokulen in der Augsburger Straße und in An- und Verkaufsgeschäften.

Ein Teil des Diebesgutes konnte von der Kripo wieder herbeigeschafft werden: Der Wert der gestohlenen Sachen wird auf etwa 4000 DM geschätzt. Die beiden Burschen hatten sich monatelang wohnungslos in Berlin herumgetrieben, lebten von ihren Diebeszügen und Männerbekanntschäften, die sie am Zoo suchten.

Telegraph
 15 March
 1961

Osthandelsexperte des britischen Industrieverbands (Federation of British Industry), Direktor Taylor, im vergangenen Frühjahr dem Zonen-diktator Ulbricht im Beisein westdeutscher Firmenvertreter: „Die britische Industrie steht bereit, bei der DDR auch dort helfend einzugreifen, wo sich ... Schwierigkeiten bei der Belieferung aus Westdeutschland ergeben.“

Während Ludwig Erhard Amerika auf dem Luftweg verließ und seine Reise in den Vorderen Orient fortsetzte, um dort die Deutsche Industrieausstellung in Teheran zu eröffnen, spielte der Bundeskanzler in Bonn den Deus ex machina und überspitzte die in sich schlüssige Berlin-Politik seines Wirtschaftsministers.

Konrad Adenauer nämlich bewegte die in Amerika erhobenen Vorwürfe, ein schlechter Partner zu sein, in höchstem Maße. Seinem in Frankfurt zwischengeländeten Wirtschaftsminister setzte er über das Flughafen-Telephon auseinander, er werde am nächsten Tag die Kündigung des Interzonenhandelsabkommens aussprechen.

Während Erhard ein weiteres Mal durch den Kanzler bloßgestellt war, ist Fritz Berg nach der jüngsten Revision der Bonner Zonenpolitik am Ausgangspunkt seiner eigenen Überlegungen angelangt. Da wirtschaftliche Sanktionen gegenüber der Zone jedoch weder Berlin noch der vom EDI repräsentierten Industrie nützen, stehen Fritz Berg dialektische Komplikationen bevor. So muß er sein Ruhe-Ruhe-Programm schnellstens in das Gegenteil verkehren, will er sich nicht erstmals in seiner Laufbahn den Unmut des Kanzlers zuziehen.

NOTSTAND

Stoß ins Leere

Vor dem dünnbesetzten Bundestagsplenarium — die Masse der CDU-Fraktion erfrischte sich im Restaurant des Bundeshauses — und vor fast leerer Regierungsbank, die stundenlang nur von dem beflissenen Neo-Christdemokraten von Merkatz gedrückt wurde, produzierte sich Innenminister Schröder schmeidig-kalt: „Dieser 28. September 1960 ist in der deutschen Parlamentsgeschichte ein Datum von größter Bedeutung. Hier und heute wird sich zeigen, ob die nationalen Beteuerungen der SPD auch ernst gemeint sind.“ Und: „Die Vorlage stammt aus einem wahrhaft überparteilichen Geist.“

Die Schröder-Rede geisterte um einen der heikelsten Gesetzespläne der Bundesregierung: das Notstandsrecht.

Was es mit dem von Schröder beschworenen überparteilichen Geist in Wahrheit auf sich hatte, wußte niemand besser als der Innenminister selbst: Schröder hat bis heute kein Interesse daran gezeigt, die Sozialdemokraten, auf deren Plazet die CDU bei dem verfassungändernden Notstandsgesetz an-



Hoogen

gewiesen ist, zur Mitarbeit an dem Entwurf einzuladen.

Vielmehr war Gerhard Schröder darauf bedacht, seine Notstandspläne ohne Rücksicht auf die SPD voranzutreiben, seit er vor Polizeijewerkschaftlern am 30. Oktober 1958 in Stuttgart zum erstenmal öffentlich bekundete, daß auf bundeseinheitliche Vorschriften über den Ausnahmezustand nicht länger verzichtet werden könne.

Mitte Januar dieses Jahres diktierete der Minister einen ersten Notstandsgesetzesentwurf — ohne die Länderregierungen, deren Belange durch ein solches Gesetz entscheidend betroffen werden, und die Bundestagsopposition auch nur pauschal zu unterrichten. Resultat: Sowohl die Föderalisten der Länder als auch die Sozialisten der Opposition verwarfen das Schröder-Gesetzeswerk als indiskutabel.

Die Ablehnung betraf zwei Hauptpunkte des ministeriellen Entwurfs, in denen bestimmt wird, daß

- 1) der Ausnahmezustand vom Bundesparlament mit einfacher Mehrheit beschlossen werden kann und
- 2) die Bundesregierung im Notstandsfall auch die Bundeswehr einsetzen darf.

Sechs Wochen nach Bekanntgabe des Entwurfs erhielt Schröder die erste Quittung: Am 26. Februar beschloß der Bundesrat — der dem Gesetz gleichfalls mit qualifizierter Mehrheit zustimmen muß — eine Reihe von Änderungen, die praktisch auf eine Neufassung des Gesetzes hinausliefen.

Schröder, dessen Eigensinn sich größer als erwartet erwies, wischte die Länderbedenken jedoch beiseite — ließ seinen Entwurf, wie er war, und brachte ihn zur ersten Lesung im Bundestag ein.

Bevor der Innenminister sich zu diesem Alleinangriff entschloß, hatte — im Dezember vergangenen Jahres — der CDU-Abgeordnete Matthias Hoogen, der dem Rechtsausschuß des Bundestags vorsitzt, in einem Brief an den SPD-Fraktionsjuristen Arndt vorgeschlagen, interfraktionelle Besprechungen zwischen den beiden großen Parteien über Fragen des Notstandsrechts abzuhalten.

Der Vorschlag war keineswegs ungewöhnlich. Ähnliche vertrauliche Beratungen zwischen den Fraktionen hatten 1956 zur Verfassungsänderung bei der Verabschiedung der Wehrgesetze geführt.

Der SPD-Fraktionsvorstand benannte die parlamentarischen Geschäftsführer Dr. Menzel und Dr. Arndt als Unterhändler. Arndt, Menzel und Hoogen — ein zweiter Vertreter, den die CDU benennen wollte, blieb den Verhandlungen von vornherein fern — trafen sich dreimal, zuletzt am 16. März. An diesem Tag teilte CDU-Hoogen seinen SPD-Kollegen mit, er werde wegen weiterer Besprechungen Nachricht geben, sobald seine Fraktion ihm weitere Richtlinien gegeben habe.

Bis zu diesem Zeitpunkt hatten sich die Gespräche für beide Seiten durchaus zufriedenstellend angehalten, wenn



Arndt

sich die Sozialdemokraten auch durch den Umstand düpiert fühlen mußten, daß Schröder seinen Gesetzesentwurf noch während der Besprechungen veröffentlichte. Die SPD-Beauftragten blieben jedoch guten Mutes, weil sie sich nicht vorstellen konnten, daß die CDU auf ihre Mitarbeit just bei einem Gesetz verzichten würde, für das sie auf die SPD-Stimmen angewiesen war.

Indes, nach dem 16. März ließ der CDU-Abgeordnete Hoogen nichts mehr von sich hören, und auch alle anderen CDU-Volksvertreter wollten plötzlich nichts mehr von gemeinsamen Besprechungen wissen. In einem „Vermerk“, den SPD-Menzel unter dem 12. August 1960 — betr.: Interfraktionelle Besprechungen über den Gesetzesentwurf — diktierete, heißt es dazu:

„(Der CDU-Abgeordnete) Stoltenberg hatte in der zweiten Lesung des Haushalts des Innenministeriums begrüßt, daß Schröder den Gesetzesentwurf (über das Notstandsrecht) vorgelegt habe. Ich habe ihm daraufhin ... am 11. 4. 1960 einen Brief geschrieben, worin ich eine gemeinsame Unterredung vorschlug. Stoltenberg hat nicht geantwortet.“

„In den beiden Ältestenratssitzungen vom 21.6. und 1.7.60 fragte der Bundestagspräsident Gerstenmaier Herrn Rasner ... wie weit die Besprechungen der Fraktionen über den Gesetzesentwurf seien. Herr Rasner erklärte, daß sie ‚laufen‘. Ich habe das ... sofort richtiggestellt und Rasner ... gefragt, was nun aus den Besprechungen werden solle, worauf er mir erwiderte, er werde mich unterrichten.“

„Da dies nicht geschah, habe ich Rasner in der Woche vom 11. bis 16. 7. telephonisch mitgeteilt, daß die Besprechungen auch während der Parlamentsferien fortgesetzt werden könnten. Rasner tat sehr erfreut und versprach wiederholt, mir Nachricht zu geben. Er hat sich nicht mehr gemeldet.“

Ende Juli wurde dann offenbar, daß die Christdemokraten den „Geist der Überparteilichkeit“ aufgegeben hatten. Bei dem Freiburger SPD-Abgeordneten Friedrich Maier, der dem Bundestagsausschuß für Inneres vorsitzt, erschien der stellvertretende Ausschusschef Walter Kühlthau (CDU) und beklagte, daß die interfraktionellen Besprechungen zusammengebrochen seien. Menzel, von Maier informiert, bat den Christdemokraten Kühlthau telephonisch um Auskunft, wie dieser Hinweis zu verstehen sei. Kühlthau versprach, sogleich bei seinem Fraktionschef Krone nachzufragen.

Die Auskunft, die Krone erteilte, kann nicht sehr ermutigend gewesen sein, denn in einem zweiten Telefonat mit der SPD — so erinnert sich Notstandsexperte Menzel — war Kühlthau „recht kleinlaut“.

Menzel: „Er teilte mir mit, daß ... Krone ... ihm erklärt habe, es hätte einige Tage zuvor eine Unterredung zwischen Krone, Hoogen und Schröder stattgefunden. Sie habe ergeben, daß die CDU an eine Aussprache um die erste Lesung herum denke ... Sollte das nicht der Fall sein, müsse man versuchen, sich später in den Ausschüssen zu verständigen.“

Eine Verständigung in den Ausschüssen aber — das war selbst der CDU klar — war ausgeschlossen, solange die Ausschüsse über nichts anderes als das

Schröder-Gesetz zu beraten hatten. Ein anderer Gesetzentwurf kamte dagegen nur in interfraktionellen Besprechungen konzipiert werden, und die Teilnahme an Interfraktions-Gesprächen hatte die CDU aufgekündigt.

Als bald begannen die SPD-Abgeordneten zu überlegen, welches taktische Vorgehen in der ersten Lesung für sie am erfolgreichsten wäre. Der Genosse Schmitt-Vockenhausen, der dem Innenminister Schröder immerfort „die Maske vom Gesicht reißen“ möchte, wollte dieser Lieblingsbeschäftigung auch diesmal nachgehen, doch die Mehrheit in der sozialdemokratischen Fraktion fand, es sei falsch, ständig nur Opposition zu treiben.

Dieser Ansicht war auch SPD-Jurist Dr. Adolf Arndt, der vorschlug, man solle der Überweisung des Gesetzentwurfs an die Ausschüsse nur zustimmen, dann werde sich von selbst ergeben, daß Schröder nicht durchdringen könne. Arndt, der von mehreren Genossen unterstützt wurde, konnte sich nicht durchsetzen.

Schließlich verfiel Geschäftsführer Dr. Karl Mommer auf eine Zwischenlösung, die es der SPD erlaubte, sowohl ihren Widerstand gegen Schröder als auch ihren Willen zur Mitarbeit an einer Notstandsregelung hinreichend deutlich zu machen: Die Fraktion der Sozialdemokraten beschloß, die Unterbrechung der ersten Lesung zu beantragen, „damit die interfraktionellen Gespräche durchgeführt werden können, um eine gemeinsame Grundlage für eine Verfassungsgesetzgebung zu suchen“.

Der ungebrochene sozialdemokratische Drang nach Gemeinsamkeit, dem die SPD-Redner in der Debatte unermüdet Ausdruck gaben, ließ die christdemokratischen Klagen, daß diese Gemeinsamkeit fehle, einigermaßen deplatziert erscheinen.

Rief der christdemokratische Sprecher Dr. Kanka: „Arbeiten Sie mit an dem, was wir für unser Volk zu leisten haben!“

Echote SPD-Arndt: „Wer ist denn im Verzuge? Wer hat denn die Gespräche nicht fortgeführt? Wer hat es bisher an dem Willen oder der Bereitschaft zur Zusammenarbeit fehlen lassen? Sie oder wir? ... Und dann stellen Sie sich hier noch hin und sagen ‚Arbeiten Sie mit!‘“

Das Fazit der Debatte: Schröders Gesetzentwurf wurde zwar an die Ausschüsse überwiesen, doch war damit für die Christdemokraten nichts gewonnen.

Schröder hätte das Debakel voraussehen können. Aber die Stimme seines Herrn hatte ihm letzte Zweifel an der Richtigkeit seines Vorgehens ausgeredet: Hundert Minuten lang predigte Konrad Adenauer am Dienstag letzter Woche — einen Tag vor der Notstandsdebatte — der CDU-Fraktionsgemeinde, sie müsse dem Volk endlich klarmachen, was sie wolle. Die Wähler wüßten zwischen CDU und SPD nicht mehr deutlich genug zu unterscheiden, weshalb glaubhaft gemacht werden müsse, daß nach wie vor „himmelweite Unterschiede“ vorhanden seien. Adenauer: „Meine Damen und Herren, da haben wir morgen die Debatte und da werden

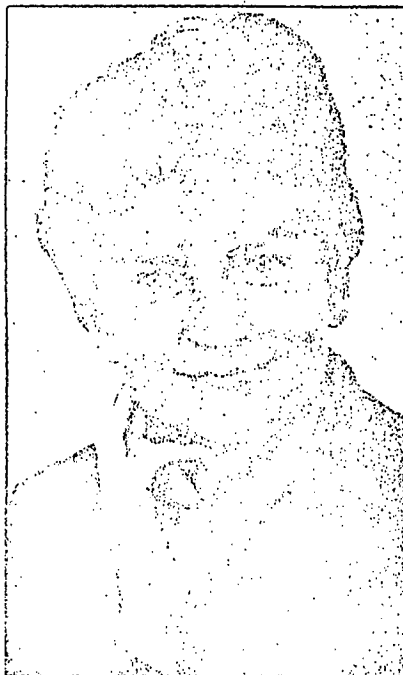
wir ja sehen, was von der SPD zu halten ist. Hic Rhodos, hic salta.“

Am letzten Donnerstag mußte CDU-Fraktionsgeschäftsführer Rasner eingestehen, daß der Stoß ins Leere gegangen sei. Hinter vorgehaltener Hand deutete er an, nun müßten wohl doch erst interfraktionelle Gespräche mit den Sozialdemokraten stattfinden.

ERHARD

Der Moralist

Mit der Attitüde eines Mannes, dem Opportunismus verhaßt ist und der viel von moralischen Prinzipien hält, verwickelte Vizekanzler Ludwig Erhard vor einigen Wochen den Bundeskanzler Konrad Adenauer in ein Vier-Augen-Gespräch über die Linie, die es im nächsten Wahlkampf zu halten gelte.



Bonner Journalistin Purwin
Das Geheimnis vom Tegernsee

Die CDU habe als Regierungspartei die Pflicht, dozierte Erhard, nicht wieder allen wohl und niemanden wehe zu tun. Es sei einfach unmöglich, allen Interessenten alles zu versprechen. Eine Regierung werde viel eher geachtet — und wiedergewählt —, wenn sie einen konsequenten wirtschafts- und sozialpolitischen Kurs halte. Es sehe ja bisher leider so aus, erregte sich Erhard, als ob die Regierung das deutsche Volk und seine Interessengruppen für korrupt halte.

Darauf sah Konrad Adenauer seinen Stellvertreter erstaunt an und fragte: „Ja, glauben Sie denn, das wäre anders, Herr Erhard?“

Diese wahre Geschichte erzählte der Bundesvizekanzler in seinem Haus am Tegernsee acht Zeitungsleuten, die er im abgelaufenen Monat von Bonn nach Bayern gebeten hatte, um ihnen — nicht zur Veröffentlichung — neun Stunden lang

in ländlicher Idylle auseinanderzulegen, wie tief der Groll sitzt, den er, der zweite Mann der CDU-Wahlkampfmannschaft, gegen den ersten dieser Riege, Konrad Adenauer, ungebrochen hegt: „Arm in Arm mit dem Kanzler — dieses Wahlkampfbild, das will ich am liebsten gar nicht erst sehen.“

Er werde sich, verkündete Ludwig Erhard vor seinen acht Hausgästen, in Wahlreden von manchen innenpolitischen Maßnahmen der Bundesregierung und der CDU-Fraktion distanzieren. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion sei weniger eine Gruppe von Männern mit gleicher politischer Gesinnung als eine Koalition verschiedenster Interessengruppen. Vernünftige Fraktionsbeschlüsse würden durch einander entgegengesetzte Interessen oft verhindert.

Die Gruppensprecher, so beschwerte sich Erhard, liefen mit ihren Wünschen zum Bundeskanzler, der alte Herr entscheide dann allein nach Wahlgesichtspunkten, und die Fraktion beuge sich der allerhöchsten Meinung. Erhard: „Niemand will heute für das gemeine Wohl Opfer bringen. Die Regierung ist selbst schuld daran, daß es keine Staatsgesinnung gibt.“

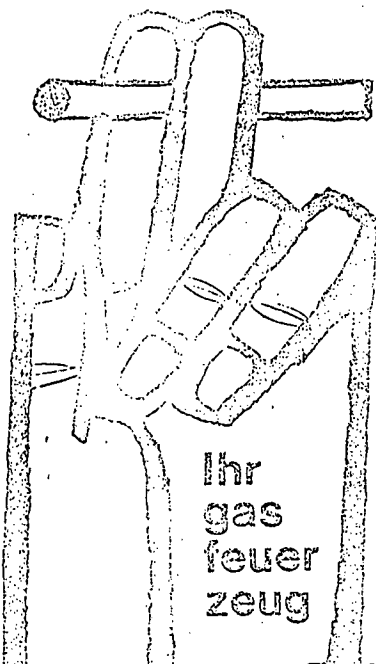
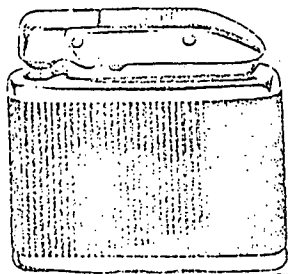
Der Bundeskanzler genieße zwar nach wie vor Achtung, aber das Vertrauen der Wählerschaft schwinde doch angesichts allzu opportunistischer Kanzler-Beschlüsse.

Ludwig Erhard ließ seinen Tegernsee-Gästen auch klarwerden, weshalb er solche für CDU-Begriffe kühne Kritik am Parteipatriarchen Adenauer äußere: Der Kanzler schwenke jetzt auf den wirtschaftspolitischen Kurs ein, den er, Erhard, schon vor anderthalb Jahren vorgeschlagen habe: keine Abkapselung der Brüsseler Sechser, Heranführung Englands an den Kontinent. „Soviel zur Frage des politischen Urteilsvermögens, das der Kanzler mir seinerzeit absprach.“

Als der britische Premierminister Harold Macmillan in Bonn war, so erzählte Ludwig Erhard seinen Gästen, habe der Engländer ihm unter vier Augen auseinandergesetzt, wie ernst es Großbritannien mit seiner Hinwendung zum Kontinent sei. England habe sein Empire aufgeben müssen, und der Versuch, das Commonwealth durch wirtschaftliche Bindungen zusammenzuhalten, habe nicht recht funktioniert.

Ludwig Erhard konnte es sich nicht verkneifen, seinen acht Gesprächspartnern am Tegernsee auch dies zu erzählen: Konrad Adenauer habe sich in die wirtschaftlichen Gespräche zwischen Erhard und Macmillan mit dem Scherz einmischen wollen: „Ich war auch mal acht Tage Banklehrer, ich verstehe von Wirtschaft allerhand.“ Macmillan aber habe repliziert: „Acht Tage waren etwas wenig, Herr Kanzler.“

Obgleich Ludwig Erhards unbotmäßige Tegernsee-Bemerkungen über den Kanzler Konrad Adenauer eigentlich nur für die acht „anderen Gäste, nicht aber für die Öffentlichkeit bestimmt waren, druckte die SPD-nahe „Neue Ruhr Zeitung“ unter der Überschrift: „Gespräche hinter verschlossener Tür — Erhard: Schluß mit dem Kuhhandel“ einen Artikel ihrer Bonner Korrespondentin Hilde Purwin, der es — obgleich sie nicht zu den acht Erhard-Gästen gehört hatte — laut Vorspruch „gelun-



mit dem farbschönen Nylonmantel, besonders leicht. Zuverlässig wie sämtliche Consul-Erzeugnisse.

CONSOLE

gen (war), bisher unbekannt Informationen über Gespräche zwischen Erhard und seinen politischen Freunden zu erhalten; die kürzlich hinter verschlossenen Türen stattfanden".

Der Purwin-Beitrag, der die wesentlichsten Tegernsee-Informationen enthielt, ohne den Ort des Gesprächs und die Profession der Gesprächspartner zu erwähnen, war geschickt festgesetzt: Er erschien, als der CDU-Bundesvorstand am Donnerstag vorletzter Woche zu seiner ersten Sitzung nach den Sommerferien zusammentrat.

Ehe der Vorstand mit seinen Beratungen begann, mußte Erhard aufgebracht Vorstandsmitgliedern Rede und Antwort wegen des Purwin-Artikels stehen. So draufgängerisch wie am Tegernsee war er vor diesem Gremium nicht mehr. Er nahm zu der Schutzbehauptung Zuflucht, seine Worte seien entstellt wiedergegeben, der Beitrag stimme vorn und hinten nicht.

Der Hilfskanzler stieß damit freilich auf Unglauben, und auch die „Deutsche Zeitung“, die Erhards Plaudereien einen Leitartikel widmete, glaubte dem Purwin-Artikel mehr als der abgeschwächten Version des Vizekanzlers vor dem CDU-Vorstand.

Schrieb das Erhard-feindliche Blatt: „Wenn ... wirklich mal da und dort ein führender CDU-Politiker etwas äußert, was die Sozialdemokraten als Kritik am Kanzler empfinden, so unterscheiden sie offenbar nicht genügend zwischen einer versteckten Kritik und einem melancholischen Seufzer über die Unermüdlichkeit des alten Herrn im Palais Schaumburg.“

Während sieben von Erhards acht Tegernsee-Gästen nun herauszufinden versuchen, wer wohl der Journalistin Purwin die Ketzereien des Vizekanzlers ausgeplaudert hat, ist der Betroffene vierzehn Tage lang für unbecommene Fragen nicht erreichbar: Ludwig Erhard reiste zunächst nach Washington zur Weltbank und von dort weiter nach Persien zu Schah Resa Pahlavi und Kaiserin Farah Diba.

meister Brandt zu seiner Bonn-Reise animiert.

„Die Sowjetregierung stellt fest“, heißt es in der Note an die Amerikaner, „daß die Besatzungsbehörden der drei Westmächte ... die Verantwortung für die Lage in Westberlin tragen ... Unter Mißbrauch ihrer Stellung haben sie die für die Sicherung der Bedürfnisse ihrer Garnisonen in Westberlin zur Verfügung gestellten Luftkorridore widerrechtlich zum Transport von Teilnehmern (von) Revanchistentreffen aus der deutschen Bundesrepublik nach Westberlin benutzt ... Die Sowjetregierung besteht darauf ... daß die Regierung der Vereinigten Staaten ... in Zukunft die widerrechtliche Benutzung der ... zur Verfügung gestellten Verbindungswege verhindert.“

Brandts Sorge, daß die Amerikaner auf solche Forderungen nicht, hart und schnell reagieren würden, nährt sich aus pessimistischen Berichten, die der Beobachter des Berliner Senats bei der Uno-Vollversammlung, der Oberregierungsrat Gerd Lemmer, ein Neffe des gesamtdeutschen Ministers, nach Berlin gegeben hat.



Gerd Lemmer

Lemmer-Neffe Gerd glaubt beobachtet zu haben, daß die Amerikaner sich mit den Sowjets zur Zeit unter keinen Umständen auf einen Berlin-Strauß einlassen wollen; wenn es wegen der wortstarken Erklärungen führender amerikanischer Politiker und Zeitungen anders aussehen sollte, so sei vor einem Trugschluß zu warnen: Die Propaganda-Apparate der Republikaner und Demokraten brauchten für das Wählervolk derart tönende Anti-Sowjet-Parolen, um Stimmen für die Präsidentenwahl am 5. November zu ziehen. Solange sich Ulbricht auf Nadelstiche am Rande beschränke, würden die USA aber de facto nichts unternehmen, was ihnen neue Engagements und Risiken aufbürden könnte.

Dem Berliner Bürgermeister schien es angesichts solcher Berichte opportun, mit Heinrich von Brentano über die neue sowjetische Luftkorridor-Bedrohung zu sprechen; der Bundesaußenminister ist erst kürzlich in Amerika mit dem amerikanischen Außenminister Christian Herter zusammengetroffen und hat sich dort aus erster Hand informiert.

Jedoch, Brentanos Halsweh — tags erhöhte Temperatur, abends Fieber — verhinderte das Treffen. So konzentrierte sich Brandts Hoffnung auf den amerikanischen Botschafter Dowling, dem er am Donnerstag seine Aufwartung machte.

Der Bürgermeister meinte, jetzt seien die Alliierten selbst angesprochen und müßten handeln. Er legte seine Korridor-Sorgen dar und riet dringend zu einer schnellen und harten Antwort an Moskau. Diplomat Dowling beschwichtigte, die Antwort werde in Washington schon richtig konzipiert werden. Zu Sorge sei kollektiver Grund: Dem Versuch Willy Brandts, die Alliierten zur Tat für Berlin anzuspornen, blieb selbstwährend der Erfolg verhängt. Die Deutschen in Bonn und Pankow

BERLIN

Korridor-Sorgen

Außenmann Heinrich von Brentano war am Mittwochmorgen der letzten Woche noch geschäftseifrig durchs Bundeshaus gestiefelt. Am Nachmittag des gleichen Tages hatte ihn ein Halsweh auf das Krankenlager seines Junggesellenheims am Bonner Venusberg geworfen.

Der Minister zog sich in sein Schlafzimmer zurück, kurz bevor Berlins Willy Brandt in Bonn ankam, um mit ihm zu konferieren. So mußte der Berliner Bürgermeister mit dem Außenamts-Staatssekretär Carstens vorliebnehmen, um die Sorgen abzuladen, die ihn seit neuestem drücken.

Bis zur letzten Woche hatten die Sowjets nur ihren roten Bauern Walter Ulbricht im Spiel, der unter Hinweis auf die „Souveränität der DDR“ Bürger der Bundesrepublik auf den Straßen nach Berlin schikanierte. In einer Note an die Regierungen der drei Westmächte hat Moskau sich letzte Woche aber nun direkt eingeschaltet und den Bürger-

22 Mar 61

Mit Willy Brandt in den Vereinigten Staaten

Bei den Demokraten in New York

Eine bedeutsame Reise / Von unserer Korrespondentin Hildegard Purwin

Berlins Regierender Bürgermeister hat in den acht Tagen seiner Amerikareise keinen Dolmetscher gebraucht, denn sein Englisch ist ausgezeichnet. Er hat Englisch sozusagen in verschiedenen Sprachen gesprochen, so wie er angesprochen wurde: von den Politikern in Washington anders als von den Geschäftsleuten in Chicago, von den Professoren in New York anders als von den Juden in der gleichen Stadt.

Beim ersten Abend Brandts bei Botschafter Grewe in Washington lernten sich einige Berater und Mitarbeiter des Präsidenten Kennedy überhaupt erst näher kennen. Die neuen Leute in Washington arbeiten hart und haben noch nicht viel Zeit für geselliges Zusammentreffen. Kennedy-Berater Prof. Rostow, einer der wichtigsten Männer, die sich der Präsident aus den Universitäten und Studier-

und höflich am Telefon, aber ein Treffen lehnten Sie ab, weil Sie den Sonntag Ihrer Familie widmen wollten. Damals war ich allerdings noch nicht politischer Berater des amerikanischen Präsidenten." Brandt: "Ich werde nie wieder einem amerikanischen Professor einen Termin abschlagen."

Kennedy weiß Bescheid

Kennedy selbst überraschte Brandt mit seinen intimen Kenntnissen der Lage in Berlin und ganz Deutschland. Sein Interesse gilt nicht nur den großen Problemen, sondern auch den beteiligten Personen. Er fragte Brandt plötzlich: "Sagen Sie, der Ebert in Ostberlin ist doch ein Sohn des Reichspräsidenten Ebert. Hat er noch mehr Söhne gehabt und sind sie alle kommunistisch geworden?"

Übrigens betrafen die ersten Worte, die Kennedy und Brandt wechselten, weder das Berlin noch das Deutschland-Problem. Der Präsident, der gleich nach seinem heiß erkämpften knappen eigenen Wahlsieg in alle seine Handlungen einkalkuliert, daß er in vier Jahren wieder siegen will,

frante Brandt zu allererst: "Wie wird Ihre Wahlkampagne aussehen?"

Chikagos Bürgermeister Daley ist nicht nur Herr seiner Stadt, die er an allen Ecken und Enden abreißen und neu aufbauen läßt, sondern auch Vorsitzender der Vereinigung amerikanischer Bürgermeister, wie Willy Brandt Präsident des Deutschen Städtetages ist. Die Chikagoer selbst interessiert das wenig. Sie kümmern sich auch kaum um die Schwierigkeiten der großen Politik. Sie sind mit ganzem Herzen für Berlin, und Daley sagt: "Niemals ist in unsere Stadt ein mutigerer Mann oder der Führer eines mutigeren Volksstammes gekommen als Willy Brandt, Bürgermeister von Berlin." Zum Mittagessen lädt der Klub der großen Geschäftsleute ein - Hunderte von Männern und keine Frau.

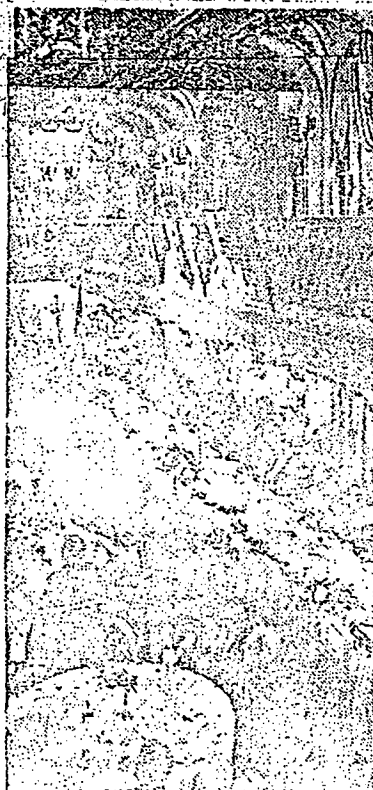
Willy Brandt hält seine Tischrede frei und unkompliziert. Hinterher fragt einer der Teilnehmer: "Werdend Sie kämpfen, wenn die Kommunisten gegen Sie vorgehen?" Willy Brandt: "Ja" - und sofort braust Beifall durch die große Halle. Später erkundigt sich ein anderer Teilnehmer, ob die Teenager von West- und Ostberlin sich untereinander verabreden können.

„Wir wollen Berlin“

Abends erzählt ein "Rathausmann", wie man hier sagt, daß er sich heute noch ärgert, weil er gegen Kriegsende zwar in Deutschland war, aber nicht bis nach Berlin kam. Er ist



stuben geholt hat, erzählte Brandt, er habe vor einigen Jahren einmal in Berlin mit ihm gesprochen. Brandt: "Das muß ein Irrtum sein, ich kann mich nicht erinnern." Rostow: "Ich war auf dem Wege von Polen nach Paris, kam an einem Sonntag durch Berlin und rief Sie an. Sie waren freundlich



DARF MAN DEUTSCHLAND wieder trauen? Im New-Yorker Herzl-Institut, wo Willy Brandt eine vielbeachtete Rede über „Deutsche, Juden und Israel“ hielt, stellt eine Zuhörerin Fragen.

GALA-DINER im exklusiven Black-Stone-Hotel (links). Die führenden Köpfe von Chicago, an ihrer Spitze Bürgermeister Daley, gehen einen Abend für den Gast aus Berlin. Das Berliner Wappen ziert die Stirnseite des Saales.

EINMAL MIT WILLY Brandt, Regierende Bürger-

Oberst a.D. und Schwesterstadt von Sie haben uns P sagte er, und das uns. Wir wollen B

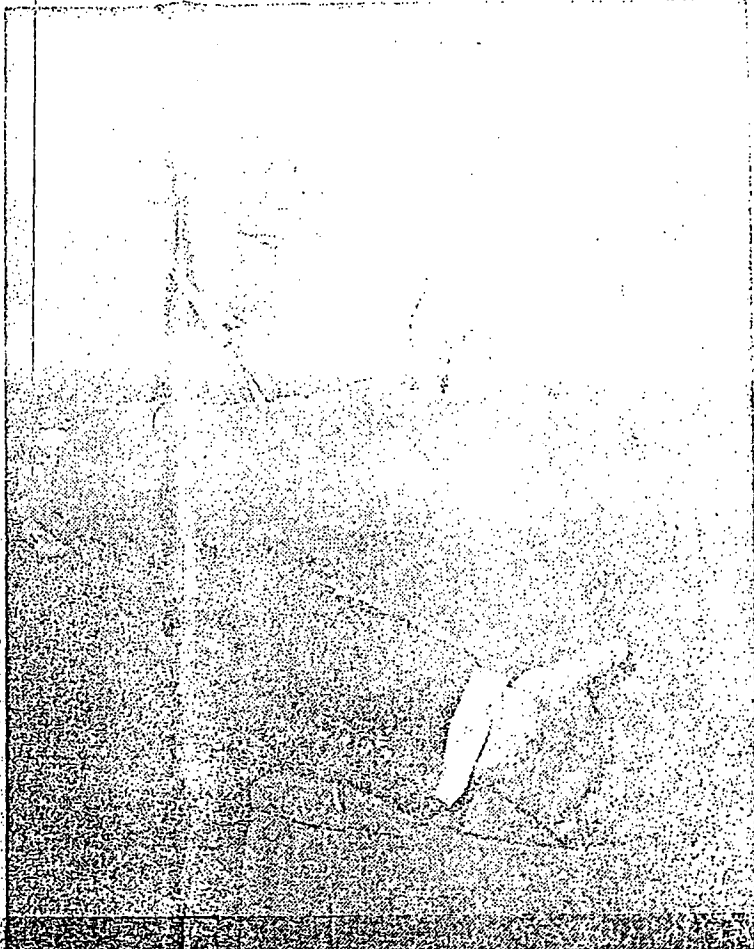
In der New-Yorker Universität wird Willy Brandt der führenden Stelle vorgestellt. Smoking, es geht für niemand käme auf die kago zu rufen: „Willy Brandt hat seine gearbeitet und mit die unter Intellekt sind.

Im Herzl-Institut

Vielleicht noch ist seine Rede Israel und die Juden Herzl-Institut hat überhaupt kein Mahnung, auftritt die Bundesrepublik und Eichmann zu nicht selbst einstand. Brandt hat gen, bevor er ihn k

Am St. Patrick's

NWC - 001967



EINMAL MIT WILLY im Walzer sich drehn — dieser Wunsch erfüllte sich bei mancher Ex-Berlinerin beim Vereinsabend der Berliner in New York. Und der Regierende Bürgermeister fühlt sich ganz als Botschafter seiner Stadt.
Fotos: Alois Bankhardt

Oberst a. D. und möchte Berlin zur Schwesterstadt von Chicago machen. Sie haben uns Paris vorgeschlagen, sagte er, und das ist doch nichts für uns. Wir wollen Berlin.

In der New-Yorker Columbia-Universität wird Willy Brandt als „einer der führenden Staatsmänner Deutschlands“ vorgestellt. Die Herren tragen Smoking, es geht feierlich zu, und niemand käme auf die Idee, wie in Chicago zu rufen: „Willy, lächle, Willy!“ Brandt hat seine Rede sorgsam ausgearbeitet und mit Vokabeln gespickt, die unter Intellektuellen gebräuchlich sind.

Im Herzl-Institut

Vielleicht noch sorgfältiger erarbeitet ist seine Rede über Deutschland, Israel und die Juden, die er vor dem Herzl-Institut hält. Hier könnte überhaupt kein Deutscher mit der Mahnung auftreten, Deutschland und die Bundesrepublik nicht mit Hitler und Eichmann zu identifizieren, der nicht selbst eindeutig gegen Hitler stand. Brandt hat jeden Satz abgewogen, bevor er ihn hier ausspricht.

Am St. Patricks Day nimmt Brandt

mit dem Bürgermeister und dem Gouverneur von New York die Parade der Iren ab. Er wird gefragt, ob er eine irische Mutter hat. Nein? Zu schade. Heute gilt nur, wer irisch ist. Held des Tages ist Kardinal Spellman, weil er die vollen fünf Stunden, über die sich die Parade hinzieht, im eisigen Wind ausharrt.

Abends kommt Willy Brandt auf den „Sauerkraut-Broadway“, wo die Cafés Heidelberg oder auch Hindenburg heißen, zum Vereinsabend der Berliner von New York. Vereinsvorsitzender ist Willy Krause, Buchdrucker und Handsetzer, der die ersten Nachkriegsjahre noch in Berlin verbrachte. Er hält eine begeisterte Rede: Willy Brandt ist der Mann, der Deutschland wiedervereinigen wird. Brandt bedankt sich auf die Weise, die ihm die Berliner in New York oder vielmehr die New-Yorkerinnen aus Berlin sicher nicht vergessen werden: Er tanzt Walzer mit jeder von ihnen. Was sicher nicht die kleinste Anstrengung auf dieser anstrengenden Reise war.